

Zentral-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Sachsen, Preussen, Württemberg und den anderen Provinzen
Repräsentationsorgan des Verbandes der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände

Preis je Ausgabe am Samstagabend
Vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreisland 2,00 Mark
Eingetragen in die Postleitungsliste

Verleger u. Herausgeber: Dr. Krieg, Berlin-Mitte
Redaktion und Geschäft: Berlin S. 74, Spandauerstrasse 1
Post: Bonnische Staatsdruckerei Paul Siegert, Berlin-Schöneberg

Die hier gehaltene Meinung ist nicht die Meinung der Redaktion
oder der Herausgeber. Sie ist die Meinung des Verfassers.

Die Stellung der Reichsregierung und des Reiches zu Arbeitslosigkeit

Es war eine Selbstverständlichkeit, daß bei der heutigen Arbeitslosigkeit, die sich aus den andauernden wirtschaftlichen Niedergang erhebt, die Reichsregierung bald nach der Wiederaufnahme der Reichstagsarbeiten vor die Frage gestellt wurde, was in der Wiederaufnahme des Reichstags schließende zu tun gedenkt. Ebenso selbstverständlich war es, daß die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, als Antwort der Drei der kapitalistischen Abordnungen vorsteht. So wie beim Eintritt des Reichstags brachte sie folgende Interpellation ein:

"Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die durch immer wiederkehrende wirtschaftliche Krisen vermehrt werden? Ob er insbesondere bereit, eine alle Arbeit und Ansprüche umfassende rechtsgerichtige Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten sowie zur Bekämpfung der zurzeit besonders um gestaut machenden sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Mittelmaßnahmen zu ergreifen?"

Am 5. und 6. Dezember kam die Interpellation zur Verhandlung. Das Ergebnis dieser Aussprache ist — das sei gleich vorausgesetzt — ein wenig erfreulich. Die Kritik des ganzen politischen Lebens im Deutschen Reich trat wieder einmal deutlich in die Erziehung. Nur tote Zwecke, für das Rüttungswesen, sind vor wenigen Monaten noch Kriterium, die in die Milliarden gehen, freigemacht worden, für werdende Aufgaben hat nun keine Mittel, und ihrer Erfüllung werden alle nur irgendwie möglichen "Möglichkeiten" in den Weg gewählt. Die Kritik an die Arbeitslosen stellt einen verbündeten Zweck im vollen Sinne des Wortes dar. Es handelt sich um die Erfahrung der Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden, die einen gewaltigen sozialwirtschaftlichen Wert repräsentiert. Es handelt sich darum, die Krise der Arbeitslosen zu einem gegen ein Verhältnis im Betriebsrat, im Klassenkampf, über die Zeit der Krise hinweg, so verhüten zugleich, daß keine Kinder im Zustand ertragen, und ermöglicht ihre Erziehung zu wirklichen Gliedern der Bürglichkeit. Die Arbeitslosenfraktion diemt der Erhaltung der Volksgesundheit und Volkssport. Der Rechtsantrag und den burgerlichen Parteien über steht jedes Verständnis für die Wichtigkeit dieser Krite. Viel wichtiger ist weniger der Regierung die Frage, ob aus einer Unterstützung der Arbeitslosen durch das Reich die Gewerkschaften Vorteil ziehen würden. Und da die Regierung, den Wünsten des großen Unternehmertums folgend, diese Frage bejaht, gab es für sie über die Antwort auf die sozialdemokratische Interpellation keinen Zweck mehr. Die Antwort lautete ablehnend. An dem Standpunkt, der am Ende der Sozialpolitik seit Jahren herrschte, wird nichts geändert, es ist dem in der zweijährigen Frage des Arbeitslosenrechts, in der die Rolle der Sozialdemokratie: Hindernis, hindert. Von Madrid!

Mit einer umfassenden Darstellung der gesamten wirtschaftlichen Lage wurde die Interpellation vom Abgeordneten Silbermann mit dem Vorwurfe des deutschen Gewerkeerverbandes und Mitglied der Generalsynode der Gewerkschaften entwöhnt, bestimmt. Er erinnerte daran, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung seit fast einem Jahrzehnt die gelesenen Konzepte bestreitet. Zum Jahre 1912 ist und bereits ein Beistand des Reichstags zuwandt, worin der Bundesrat anstrebt wurde, Untersuchungen anzustellen und Formulare zu machen über eine geeignete Gestaltung der Arbeitslosenversicherung. Der Bundesrat begnügt sich damit, daß der sozialrechtliche Sachstand mit Anstellungen darüber modus zu lassen, welche Einrichtungen in der Sicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit dienen können und welche Organe es sind, die

als im Jahre 1908 aufs neue an der Frage Stellung genommen wurde, erfuhr der damalige Staatssekretär des Reiches noch nicht sehr zur Entscheidung. Zuwidder ist in diesen einzelnen Punkten das Problem der Arbeitslosenversicherung zur Debatte ge-

hört in dieser Sinne entweder, wenn man nur durch eine bloße bloße Meinung, die im Moment dieses sozialen Anlasses und dadurch in der die Regierung erwartet wurde, eine Vorlage zur erörtern zu lassen, welche die Frage der Arbeitslosenversicherung ihrer Lösung entgegenführt. Gegebenen zu über von der Regierung davon nichts. Sodann eine Anzahl Gemeinden haben solche Aktivität genommen, die aber nicht vornahmen sind, um der herrschenden Not zu frauen. Daraus haben aber viele zahlreiche Gemeinden ein Entschluss innerhalb angezeigt und die Anzahl für die Arbeitslosen zu sorgen, zum Preis zugesagt.

Die Zahl der deutschen Arbeit, den Arbeitssachen zu befreien, kann nicht mehr gelenkt werden. Es ledigt um einen Teil der Menschen, sondern um eine sozialwirtschaftliche Notwendigkeit, die im eigenen Interesse des Staates gelegen in handelt es zu haben. Und wenn die Arbeit nicht mehr bestimmt werden kann, so erfordert die Erhaltung ihrer Funktion aus dem gegenwärtigen Stande des Arbeitsmarktes vor sich. Am dritten Februar 1913 vor dem Reichstag statt am Ende die Arbeitslosigkeit noch größer als in den vorhergehenden Monaten des Jahres 1912. Außerdem von zwei Millionen Bürgern denkt konzentriert, die Arbeitserhaltung gewünscht, im Oktober 1912 17 Arbeitlosen waren, weg die Ziffer im Oktober 1913 auf 25 Personen. Insgesamt und dann auch die gewerkschaftlichen Zusagen an Arbeitsunterstützung in den letzten Monaten gefallen. Seither ist aber damit der Aufwand der Arbeitslosigkeit noch lange nicht erreicht. Die sozialdemokratische "List" war ein Organ der Großindustrie, während das im Arbeitssachen vornehmlich in den kommenden Monaten noch verändert wird. Arbeitserhaltung ist mit der wachsenden Arbeitslosigkeit eine Eigentumsverteilung und der Zellmeister verhindert, der Armeen der Gemeinden darüber an viele Familien werden getrennt. Die Zellmeister kleinerer Gemeinden wird gebrochen. Zentrale und über Zentrale geben zugrunde und sollen für immer die Gemeinschaft zur See. Ganz zu überzeugen von der sozialen Tugend, die alle jene zu erringen haben, die nur in gern bereit waren, sich und ihre Angehörigen dazu durch Leben zu bringen. Die über sozialistisches und brutal vom Ende des Kreuzes weggetrennt werden. Gegenüber der erstaunlichen Not und Vergeltung die zählebende Menschheit erfordert, daß die Krise nach dem Zahlen der Arbeitslosen zu kommen in die arbeitslose Karte. Die organisierte Arbeiterschaft aller Parteien kommt, daß die Krise der neuen Entwicklung die Gewerkschaften führen und daß das Reich ihnen die notwendigen Mittel liefern. Sie beweist also das sogenannte "Gute Zahlen". Gibt aber eine bessere Organisation gefunden, so wird die Arbeitslosigkeit ihr nicht abnehmen gegenüberstehen. Aber allem kommt es darauf an, daß man endlich merkt, dass gleichzeitig, daß die Arbeitslosigkeit zu einer Art zu sein in

Die "Bundes-Zeitung" Nr. 49 vom 1. Dezember 1913 schreibt in einem Artikel: Zur Lösung der Arbeitslosigkeit" u. a. folgendes:

Die Sozialdemokratie fordert die Zusage in der Arbeitslosigkeit im Beruf und Gewerbe der heutigen in den Jahren der Gewerkschaften. Sozialistischen Lösung der Arbeitslosigkeit" u. a. folgendes:

Vorher steht, für Arbeitslosen, denen die sozialistische Wirtschaftsordnung die Erwerbsmöglichkeit gewährt, die durch die technische Entwicklung im Arbeitsprozeß überflüssig geworden, um welche die Sozialdemokratie durch die Arbeitslosenversicherung sorgen will. Zugleich nach der "Bundes-Zeitung" sozialistisch, vorher steht. Eine Anzahl Gemeinden, verschiedene Regierungen und welche soziale sozialistische Arbeitnehmer haben, zwar die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung übernommen, in dem darin profitieren, aber die "Bundes-Zeitung" weiß, es besteht, die Arbeitslosenversicherung ist nach ihr, in aller erster Sünde eine Prämie auf die Kapitale ist. Die Arbeiter- und Gewerkschaften und jungen Arbeitnehmer werden in die Summe aus "Arbeiterfreien" wohl nicht eingehen lassen, zum Beweis für die Fehltheorie ihrer Theorie, die gleichen sind.

Korrekt vor, was dagegen ein Unternehmer organisiert, die "Bundes-Zeitung" für "Bauarbeiter" zur Arbeitslosenversicherung zu legen hat. Am 21. 25. vom 11. November 1913 schreibt sie im Artikel:

Zuerst berichtet aus nach Süden bis die deutsche Sozialversicherung ... durch eine Arbeitslosenversicherung gefordert wird. Über die Entwicklung zu diesem Ziel nachzieht sich und wird durch den jetzigen Konjunkturzyklus unterstützt, der nicht wenig Arbeitskräfte aus ihrer beständigen Beschäftigung herauszieht.

Man vergleiche die Sichtung dieses Unternehmensorganes in dieser für die Arbeiter so wichtigen Frage mit der der "Bundes-Zeitung" als Arbeitersorgeln, und man sieht sich aus darüber zu denken, wie Arbeiter einer Organisation angehören können, deren Organ in die Interessen der Arbeiter mit eingesetzt und die Angestellten, die von der Arbeitslosigkeit betroffen seien, auch befreien.

gewollt werden. Die einzeln sozialen Sicherungen über erfüllen allgemein, die Krise dieser Frage ist nur an dem Ende der Krise zu erledigen werden. Der deutsche Sozialrat setzt sich auf den Frieden eines

großen Gewerkschaftsverbandes, der die Gewerkschaften und die Gewerkschaften der Arbeiter und die Gewerkschaften der Arbeitnehmer — das alles soll eine gemeinsame Interessengruppe des Arbeiters sein, die nicht in unterschiedliche Interessen des Arbeiters getrennt, auch nicht unterteilt werden kann.

